Presseinformation der SPD-Landtagsfraktion

Kiel, 18.05.2010, Nr.: 152/2010

Martin Habersaat:

SPD lehnt Abbau der Mitbestimmung im UKSH und Einführung von Studiengebühren durch die Hintertür ab

Zur Vorstellung eines Referentenentwurfs zur Novellierung des Hochschulgesetzes durch Wissenschaftsminister de Jager erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die heute vorgestellte Sammlung kleinteiliger Maßnahmen enthält durchaus etliche sinnvolle Regelungen, die offenbar den Zuckerguss für bittere Pillen abgeben sollen. So werden die Möglichkeiten der Hochschulen, nach § 41 die Studierenden mit Gebühren zu belasten, nunmehr ausdrücklich auch auf das Rückmeldeverfahren ausgedehnt; auch sollen Weiterbildungsangebote zwingend gebührenpflichtig werden. Nachdem Studiengebühren derzeit bundesweit auf dem Rückmarsch sind, will die Landesregierung sie offenbar auf dem Umweg über Verwaltungsgebühren wieder auf die Tagesordnung setzen.

Noch gravierender ist die Ausnahmeklausel im Mitbestimmungsgesetz (§ 84), das im Zuge dieser Novelle geändert werden soll. Danach sollen die Personalräte des Universitätsklinikums (UK S-H) künftig kein Mitspracherecht in sogenannten organisatorischen Fragen mehr haben. Angesichts der Probleme innerhalb des Klinikums, die zum großen Teil mit Organisationsfragen zu tun haben, würde damit die Mitbestimmung zur Farce.

Die SPD wird den Kabinettsentwurf, der im Sommer in den Landtag eingebracht werden soll, ausführlich mit den Betroffenen an den Hochschulen diskutieren und auf dieser Grundlage ihre Änderungsanträge formulieren.

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel
Tel: 0431/ 988-1305/1307
Fax: 0431/ 988-1308

E-Mail: pressestelle@spd.ltsh.de
Internet: www.spd.ltsh.de

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
SPD